

Beschlüsse

Auf den folgenden Seiten findet ihr die Vorschläge, die in Frankfurt eingebracht wurden samt dem dazugehörigen Beschluss. Leider fehlen in dieser Liste noch ein paar Beschlüsse. Sie wird bald weiter vervollständigt werden.

Die Beschlüsse stehen nach dem jeweiligen Vorschlag in roter Schrift.

- 1) Gender – Vorschläge, ab Seite 1
- 2) Strukturvorschläge, ab Seite 7
- 3) Finanzvorschläge im engeren Sinne, ab Seite 13
- 4) Projekte, ab Seite 13
- 5) Aktivitäten 2007, ab Seite 17

1) Gender – Vorschläge

G1: Vorschlag der Gender-Gruppe zur Ergänzung der 8 Thesen im Attac-Selbstverständnis

Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung
Das Selbstverständnis von ATTAC
8 Thesen

Mit dem Aufstieg von ATTAC zu einem wichtigen Akteur im Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung sind auch sehr unterschiedliche Erwartungen an das Projekt verknüpft. Einige betrachten ATTAC als außerparlamentarische Sammlungsbewegung, andere wiederum bezeichnen ATTAC als NGO, manche gehen bis zu der Vorstellung, dass ATTAC zu den nächsten Bundestagswahlen antreten sollte, und in den Medien war die Rede vom "Dachverband der Globalisierungskritiker". Was also ist eigentlich ATTAC? Was unterscheidet ATTAC von Parteien, Verbänden, NGOs und sozialen Bewegungen?

Mit den vorliegenden Thesen wollen wir zu einer Diskussion über das Selbstverständnis von ATTAC beitragen, die angesichts des raschen Wachstums für die weitere Entwicklung von grundlegender Bedeutung ist. Ein klarer Blick dafür, was ATTAC ausmacht, wo die Chancen und Grenzen des Projekts liegen, ist nützlich, damit es nicht zu falschen Erwartungen, zu Unterschätzung oder Überschätzung kommt – mit entsprechend negativen Konsequenzen.

1. Weltanschaulicher Pluralismus

Wer bei ATTAC mitmacht, kann christliche oder andere religiöse Motive haben, Atheist, Humanist, Marxist sein oder anderen Philosophien anhängen. ATTAC hat keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis. und braucht eine solche nicht. Vielfalt ist eine Stärke.

Dies heißt allerdings nicht völlige Beliebigkeit. Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.

Der Grundkonsens von ATTAC lautet:

- o ATTAC lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.
- o ATTAC wirft die Frage nach wirtschaftliche Macht und gerechter Verteilung auf.
- o ATTAC setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.
- o **ATTAC setzt sich in allen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit ein.**

In diesem Korridor emanzipatorischen Politikverständnisses haben unterschiedliche Vorstellungen über Wege und Instrumente wie dieser Konsens in praktische Politik umgesetzt werden kann, Platz. Das reicht von jenen, die sich für einzelne Aspekte der ATTAC-Programmatik (z.B. Entschuldung der Entwicklungsländer oder Einführung der Tobin-Tax) engagieren wollen, über jene, die für eine demokratische Regulierung und Zivilisierung der Globalisierung und einen radikalen Reformismus eintreten, bis hin zu jenen, die der Auffassung

sind, dass das bestehende Wirtschaftssystem als solches in Frage zu stellen ist. Der Respekt dieses Pluralismus ist unabdingbare Geschäftsgrundlage von ATTAC. Die Erarbeitung konkreter Politik und praktischer Maßnahmen werden aus der Vielfalt heraus und in solidarischer Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen entwickelt.

2. Thematische Schwerpunkte

Am Anfang der ATTAC-Geschichte stand die Ein-Punkt-Orientierung auf die Besteuerung von Devisentransfers, die auch den Namen ATTAC abgab. Das ist nicht mehr aktuell. Inzwischen sind viele Fragen der ökonomischen Globalisierung Gegenstand von ATTAC Initiativen: Regulierung der Finanzmärkte, des Welthandels, der ökonomischen Nord-Süd-Beziehungen u.a.

Es können durchaus auch weitere Themen dazu kommen, sei es dadurch, dass bestehende Organisationen oder Netzwerke Mitglied bei ATTAC werden und dabei ihr Potential einbringen, sei es dass aus der Mitgliedschaft heraus neue Themen aufgegriffen werden. Allerdings sollte ATTAC sich nicht jedem beliebigen Thema zuwenden. Zum einen endet ein thematischer Supermarkt schnell in Wirkungslosigkeit, zum anderen gibt es in vielen Bereichen Organisationen, die wichtige Themen schon lange und erfolgreich bearbeiten. Es wäre falsch, amnesty, Pro Asyl oder Greenpeace Konkurrenz machen zu wollen.

Eine gewisse Konzentration auf die ökonomischen, international wirksamen Dimensionen der Globalisierung ist unerlässlich. Bei Verknüpfungen von Fragen ökonomischer Globalisierung mit innenpolitischen oder nicht-ökonomischen Problemen, die durch die politische Entwicklung unabhängig von uns auf die Tagesordnung kommen – z.B. gegenwärtig das Thema Krieg und Frieden sowie demokratische Rechte – wird ATTAC sich gewöhnlich darauf beschränken, die Perspektive ökonomischer Globalisierung einzubringen.

Auch innerhalb des Rahmens ökonomischer Globalisierungsfragen muss ATTAC Schwerpunkte bilden. Denn politische Durchschlagskraft hängt auch von der Fähigkeit ab, Positionen in einer einfachen und hegemoniefähigen Botschaft zuzuspitzen, wie dies z.B. im Falle der Tobin Tax gelungen ist. Diese Schwerpunkte können sich je nach politischer Lage verändern.

Bei allen Themen steht für ATTAC die Entwicklung von Alternativen im Vordergrund.

3. Wer macht mit bei ATTAC?

In seiner Startphase war ATTAC Deutschland zunächst als herkömmliches NGO-Netzwerk angelegt. Es zeigte sich bald, dass das Projekt nur dann sein Potential voll entfalten kann, wenn es darüber hinaus auch die Möglichkeit für individuelles Engagement und vor allem für lokale Gruppen eröffnet.

Damit entsteht eine Struktur von sehr ungleichen Mitgliedern mit Konsequenzen für die internen Strukturen und Entscheidungsprozesse. Deshalb kommt es darauf an, die Mitgliedschaft von Einzelpersonen, lokale Gruppen und kollektiven Mitgliedern wie Gewerkschaften, Verbände und NGOs so auszubalancieren, dass die jeweiligen Stärken aller Typen von Mitgliedern genutzt werden können.

4. Internationalismus

Für uns ist klar, dass in Zeiten der Globalisierung ein globalisierungskritisches Projekt wie ATTAC nur als internationales Projekt Sinn macht. Zwar ist Internationalismus keine Erfindung unserer Tage, aber es gibt gerade als Resultat der Globalisierung heute Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit und Solidarität – vorneweg das Internet – die früheren internationalistischen Kräften nicht zur Verfügung standen. ATTAC versucht diese maximal zu nutzen.

Dabei versucht die internationale ATTAC-Bewegung, die Fehler früherer Konzeptionen von Internationalismus zu vermeiden. Eine Zentrale gibt es nicht, insofern unterscheidet sich ATTAC auch von internationalen Verbandsstrukturen wie Greenpeace. Jede nationale ATTAC Organisation ist eigenständig und für sich selbst verantwortlich. Die Beziehungen der einzelnen nationalen ATTAC untereinander funktionieren netzwerkförmig.

Auf dem Hintergrund der historischen Erfahrungen mit den diversesten Experimenten von "Internationale" geht es um nicht weniger als die Schaffung einer Form von internationaler Zusammenarbeit, die sich durch Gleichberechtigung und Dezentralität bei gleichzeitiger kollektiver Handlungsfähigkeit auszeichnet.

5. Basis- und Bewegungsorientierung

In den 90er Jahren wurden vor allem professionelle NGOs als die Träger kritischer und oppositioneller Positionen gegenüber der neoliberalen Globalisierung wahrgenommen. Seit Seattle zeichnet sich ab, dass sich Kritik und Alternativen nun auch in Form einer neuen sozialen Bewegung niederschlagen. Soziale Bewegungen verfügen über ein großes Potential, gesellschaftliche Veränderung anzustoßen und - im günstigsten Fall - auch durchzusetzen. Ihr politisches Gewicht ist bedeutend größer als das von einzelnen Organisationen. ATTAC als Teil dieser Bewegung zieht den wichtigsten Teil seines Potentials aus dem Engagement der Bürgerinnen und

Bürger an der Basis. Es ist ein Hauptinteresse von ATTAC, die neue soziale Bewegung nach besten Möglichkeiten zu fördern und zu stärken.

Gerade auf Grund ihres Charakters als Bewegung ist sozialen Bewegungen aber auch eine gewisse Instabilität immanent. So schnell wie sie entstehen, können sich auch wieder verfallen. ATTAC trägt selbst stark Züge einer Bewegung. Durch seine Zusammensetzung enthält es aber auch Strukturen - Gewerkschaften, Verbände, NGOs – die festere und auf dauerhafte Stabilität ausgelegte Organisationsstrukturen aufweisen. Von daher wäre es kurzfristig, die Bewegungsorientierung zu verabsolutieren und die institutionell verfestigten Strukturen gegen die Bewegungselemente auszuspielen. ATTAC sollte Synergieeffekte zwischen beiden organisieren.

6. ATTAC in der globalisierungskritischen Bewegung

ATTAC ist ein wichtiger Bestandteil der neuen, globalisierungskritischen Bewegung, ist aber nicht identisch mit ihr. Diese Bewegung ist weitaus breiter, differenzierter und vielfältiger als ATTAC und es gibt in ihr andere sehr gewichtige Akteure.

ATTAC erhebt keinen Alleinvertretungs- oder Führungsanspruch und ist auch keine Dachorganisation.

ATTAC strebt eine Kooperation mit anderen Akteuren an. Ziel ist ein gesellschaftliches Bündnis als Gegenmacht zu den Kräften der globalen Märkte und deren politischen Organe. ATTAC will und wird andere Organisationen nicht verdrängen oder ersetzen, sondern bemüht sich um ein komplementäres Verhältnis zu ihnen. ATTAC ist zu Zusammenarbeit bereit, wobei die Skala von punktuellen Kooperation bis zu strategischen Bündnissen reichen kann.

Angesichts der Kriegsgefahr nach den Terroranschlägen in New York und Washington kommt dieser Ansatz schneller als gedacht in den Praxistest. ATTAC reiht sich in die Friedensbewegung ein und versucht dabei die Friedensfrage mit den strukturellen Problemen der Globalisierung zu verknüpfen.

Gegenüber politischen Parteien wahrt ATTAC seine Eigenständigkeit und weist Versuche parteipolitischer Instrumentalisierung oder der Kooption durch staatliche und zwischenstaatliche Institutionen zurück. Bewusst schließen wir die Mitgliedschaft von Bundes- und Landesverbänden politischer Parteien in ATTAC aus. Dies bedeutet nicht, dogmatische Berührungsängste gegenüber Parteien und staatlichen Institutionen zu pflegen. Eine differenzierte Bezugnahme auf sie – nicht zu verwechseln mit Anschlussfähigkeit – kann dazu beitragen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten emanzipatorischer Entwicklungen zu verschieben.

7. Pluralität von Aktionsformen und Instrumenten

Die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse macht eine Vielfalt von politischen Aktionsformen und Instrumenten notwendig. ATTAC muss Aufklären und Wissen vermitteln und politischen Druck entfalten. Expertise, Aufklärung und Aktion sind daher die wesentlichen Elemente der Arbeitsweise von ATTAC. Von der Publikation über Workshops, Konferenzen, professioneller Öffentlichkeitsarbeit bis zur Politikbeeinflussung im offiziellen politischen System, der phantasievollen Performance, Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams, bedient sich ATTAC je nach Umständen dieser Instrumente, ohne eines zu verabsolutieren.

Gesellschaftliche Veränderungen können nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen erreicht werden. An diesem demokratischen Imperativ orientieren sich auch die Aktionsformen von ATTAC. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass die Aktionsformen friedlich sind.

ATTAC legt Wert darauf, dass auch in seiner Außenwirkung die politische und inhaltliche Breite des gesamten Projekts sichtbar wird.

8. Ein innovativer Organisationstyp

Die Kombination all dieser Elemente macht den spezifischen Charakter von ATTAC aus. Insofern ist ATTAC ein innovatives Projekt, das nicht ohne weiteres in die Kategorien Netzwerk, Verbandsinternationale, NGO oder Bewegung passt. Es enthält Schnittstellen zu allen und versucht vor allem die Vorzüge der einzelnen Organisationstypen miteinander zu verknüpfen und deren Nachteile zu vermeiden: die Flexibilität und Offenheit von Netzwerkstrukturen, ohne deren Unverbindlichkeit, mit dem machtpolitische Gewicht von sozialen Bewegungen ohne deren Instabilität, und der Kompetenz, Stabilität und Verbindlichkeit von NGOs und Verbänden ohne deren Abhängigkeiten und Bürokratisierungstendenzen.

Die konstitutiven Merkmale dieses Organisationstyps sind:

- a. ATTAC ist ein Ort, wo politische Lern- und Erfahrungsprozesse ermöglicht werden,**
- b. in dem unterschiedliche Strömungen emanzipatorischer Politik miteinander diskutieren und**
- c. zu gemeinsamer Handlungs- und Aktionsfähigkeit zusammenfinden.**

Wenn ATTAC es versteht, diese Elemente der jeweiligen Situation angemessen zu kombinieren, könnte eine dynamische Stabilität entstehen, die dem Projekt eine erfolgreiche politische Zukunft sichert. Wie

man diesen Organisationstypus dann nennt, ist zunächst zweitrangig. Sicher werden Organisationssoziologen sich über kurz oder lang dazu etwas einfallen lassen. In der Zwischenzeit begnügen wir uns mit: ATTAC ist ATTAC.

Die Erweiterung: „Attac setzt sich in allen Bereichen für die Geschlechtergerechtigkeit ein.“ wurde angenommen.

Außerdem wurde beschlossen, dass die pluralistische Schreibweise, z.B. MarxistIn, eingesetzt wird.

G2: Vorschlag der Gender-Gruppe zur Erweiterung der Attac-Erklärung

Attac-Erklärung

Beschlossen am 26.5.2002 auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/M

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:

- Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.
- Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.
- Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.
- Neue Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen. Auch Männerarbeit wird zunehmend nach diesem Modell der weltweit ungeschützten flexibilisierten Billigjobs dereguliert und globalisiert.
- Die Globalisierung hat zu einer krassen Zunahme sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen wie z. B. des transnationalen Handels mit Frauen und Kindern geführt. Die Opfer der neuen, globalisierten Kriege sind ebenfalls in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder.
- Die Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.
- Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeebnet. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegerische Interventionen durchführen. Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale

Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im Weltsozialforum von Porto Alegre weiter entwickelt.

- Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.
- Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.
- Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.

Attac setzt sich ein für:

- Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, sog. Tobinsteuer und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.
- Die Schließung der Steueroasen, die Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (sog. Hedge-Fonds).
- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.
- Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.
- Eine Welthandelsordnung, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.
- Internationale Institutionen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.
- Ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.
- Eine demokratische Reform der öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht. Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.
- Ein System der solidarischen Alterssicherung.
- Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der Internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.
- Den Abbau der bestehenden Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern.
- Eine soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft. Gentechnisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.
- Die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u.a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsaufgaben, soziale und ökologische Standards.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!

Der Absatz:

Neue Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen. Auch Männerarbeit wird zunehmend nach diesem Modell der weltweit ungeschützten flexibilisierten Billigjobs dereguliert und globalisiert.

Die Globalisierung hat zu einer krassen Zunahme sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen wie z. B. des transnationalen Handels mit Frauen und Kindern geführt. Die Opfer der neuen, globalisierten Kriege sind ebenfalls in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder.

wird ersetzt durch:

Die Dereg. Der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau in Form von unter- und unbezahlter flexibler Arbeit hat insbes. Die Situation von Frauen verschlechtert.

Dies führt zu neuen Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Geschlechter.

G3: Vorschlag der Gender-Gruppe zur verbindlichen Einführung der Geschlechtergleichheit in Attac Deutschland

In der Erklärung von attac Deutschland vom (? ...) wurde das Prinzip der **Geschlechtergerechtigkeit** explizit erwähnt. Im Selbstverständnis und in den 8 Thesen soll sie ebenfalls verankert werden!

Darunter verstehen wir, dass bei allen Massnahmen, Entscheidungen und Gremien, so zum Beispiel bei Fragen der Zusammensetzung, der Verteilung der Entscheidungskompetenz, der zugänglichen Ressourcen und der Auswirkungen hinsichtlich Normen und Werten, der Aspekt der Chancengleichheit der Geschlechter von Anfang an einzuschätzen, während des Prozesses zu beobachten und im Nachhinein zu evaluieren ist.

Zur Sichtbarmachung dieses Prinzips verpflichtet sich attac D zu einem geschlechterparitätischen Auftreten nach aussen und nach innen.

Attac D richtet dafür – analog zum gender mainstreaming bei attac Österreich- ein **Geschlechtergerechtigkeitsgremium (GGG)** ein, bestehend aus ca. 5 Personen, mind. die Hälfte davon Frauen : 1 Person muss im Kokreis sein, mind. 1 Person im Rat, mind. 1 Person aus feministattac und möglichst 1 Person aus dem wissenschaftlichen Beirat!

Weiter wird **in allen Regionalgruppen mind. ein/e GG-Beauftragte/r (oder auch ein Gremium) eingerichtet**, die/der als Ansprechpartner/in für das GG-Gremium dient und auf die Einhaltung des GG-Prinzips in der jeweiligen Regionalgruppe achtet.

Das GG-Gremium führt eine **offene Mailingliste** und trifft sich ca. **viermal** im Jahr!

Setzt eine Gruppe beispielsweise dennoch eine dem GG-Prinzip entgegengesetzte Aktivität (Veranstaltung, Artikel, Broschüre, flyer etc.) durch, so hat eine korrigierende Massnahme (Gegenveranstaltung, Korrigendum etc.) nach Absprache mit dem GG-Gremium zu erfolgen, die die betroffene Gruppe selbst entwickelt. Hierfür kann die Unterstützung des GG-Gremiums in Anspruch genommen werden. Ist die betroffene Gruppe säumig, kann das GG-Gremium eine korrigierende Massnahme vorschlagen und im Dialog mit der Gruppe für deren Umsetzung sorgen. Lehnt die Gruppe auch nach mehreren Vermittlungsversuchen eine solche Aktivität ab, ist das GG-Gremium berechtigt, den Kokreis anzuweisen, bis zu 1/3 der zugewiesenen Geldbeträge zurückzubehalten, solange bis eine GG-konforme Massnahme durchgeführt worden ist.

Die Aufgabe des **GGG** wird es sein, Kontakt zu den regionalen – und inhaltlichen Arbeitsgruppen herzustellen und die Vermittlung der geschlechtsspezifischen Analyse in allen Arbeitsbereichen von attac zu erreichen. **Die Tatsache, dass Frauen überproportional von den negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung betroffen sind**, und eine Oligarchie von (überwiegend) weissen Männern die Nutzniesser dieser Form der Globalisierung ist, muss **in alle Themen und Aktionen von attac Deutschland einfließen. Das ist das erklärte Ziel der GG und von attac Deutschland.**

Ein neuer Vorschlag soll eingebracht werden. Meinungsbild: Zustimmung.

Vorschlag:

Alle Aktivitäten von Attac zu G8 werden unter der Fragestellung nach der Auswirkung des Themas für Frauen betrachtet.

Alle Podien sollen mindestens mit 50% Frauen besetzt werden

In der Evaluierung von G8 auf der SoAk soll speziell mit einfließen, in wie weit das realisiert wurden.

In die Neuauflage des G8-Readers kommen diese Vorschläge als Auftrag für die Zukunft vorneweg.

Meinungsbild: viel Zustimmung, aber 9 rote Karten, wenige Enthaltung.

Abstimmung: Vorschlag angenommen.

Weiterer Gender-Vorschlag:

In der Arbeitsgruppe wurden die Leitfäden (*Reader S.46*) begrüßt. Soll aber noch überarbeitet werden – z.B. mehr praktische Beispiele. Leitfäden sollen an alle Gruppen und Gremien geschickt werden – Feedback und Verwendung. Ins Gespräch kommen beim nächsten Ratschlag.

Der Vorschlag lautet: Der Vorschlag darf in diesem Sinne mit Deadline verschickt werden.

Abstimmung: Eindeutige Zustimmung.

2) Strukturvorschläge

S1: Vorschlag zur Sommerakademie im Jahr „G8 Heiligendamm“

Großaktionen zu G8, Veranstaltungen zur EU-Ratspräsidentschaft, McPlanet, Sozialproteste, Sozialforum in Deutschland das wird unsere ganzen Kräfte fordern. Und damit wir uns nicht überfordern hat die Sommerakademie-Vorbereitungsgruppe 2006 für das Jahr 2007 eine kräfteeinsparende Idee entwickelt: die „Ratschlags-Akademie“.

Das ist ein verlängerter Ratschlag (um 1-2 Tage) mit Seminar- und Diskussionsveranstaltungen nach Art der Sommerakademie. Mit einer Terminierung im August könnte den hoffentlich vielen Neuen in der sozialen Bewegung, die durch G8 aktiviert wurden, ein Einstiegsangebot in Attac gemacht werden. Und gleichzeitig wäre Raum für Strategiediskussionen der Alt-Attacis.

Und natürlich sollte es angenehme Begegnungsmöglichkeiten für alle zusammen geben. Der meist schwierige Prozess der Suche nach einem geeigneten Ort und Raum sowie einer einsatzbereiten Ortsgruppe könnte halbiert werden. Der Besuch des Ratschlags könnte wieder attraktiver werden.

Hinter diesen Vorteilen steht allerdings auch eine „Not“, denn die gegenwärtige bundesweite Sommerakademie-Vorbereitungsgruppe ist extrem ausgedünnt, weil einige in die angelaufene Vorbereitung der europäischen Sommerakademie 2008 eingestiegen sind und andere sich bei G8 engagieren.

Angeregt wird auch, die Präsenz von Attac auf dem Sozialforum in Deutschland, das Mitte Oktober in Cottbus stattfinden soll, deutlich zu machen, damit „unsere“ guten Seminare auch als „attac-made“ wahrgenommen werden.

Für weitere Planungen wäre es wichtig, die Meinung der Teilnehmenden beim Ratschlag zu hören und deren Anregungen dazu aufzunehmen. Und wir brauchen noch Leute, die in diese Arbeit mit einsteigen.

Marlene Werfl
Für die
Sommerakademie-Vorbereitungsgruppe

Zum Vorschlag S1 "SoAk und Ratschlag in einem" wurde beschlossen, dass es zur Probe in 2007 zwei Ratschläge gibt, wovon der erste nach dem G8-Gipfel gemeinsam mit der SoAk stattfindet. Wahlen finden auf dem zweiten, dem Herbstratschlag statt.

S2/S3: Vorschlag von Attac Köln: Rotationsprinzip im KoKreis, Gender Mainstreaming bei der KoKreisvertretung von AGs und Mitgliedsorganisationen

Liebe Freundinnen und Freunde,
wir haben auf der letzten Kölner Aktiven-Sitzung über den bundesweiten ATTAC-KoKreis diskutiert. Unsere Zufriedenheit hielt sich dabei in engen Grenzen.

Wir haben festgestellt, dass es seit Jahren einen Personenkreis im bundesweiten KoKreis gibt, der die Arbeit dieses Gremiums dominiert. Wir verstehen dies ausdrücklich NICHT als eine persönliche Kritik an deren politischer Arbeit, bzw. an den politischen Inhalten.

In Gruppenprozessen kommt es zwangsläufig zu informellen Hierarchien, die noch verstärkt werden durch den Faktor Zeit, der den jeweiligen Personen zur Verfügung steht. Hier haben diejenigen Vertreter im bundesweiten ATTAC-KoKreis, die aus Mitgliedsorganisationen kommen, im Verhältnis zu allen anderen, die noch in einem Arbeitsverhältnis (oder auch keinem) stehen, einen entscheidenden Vorteil.

Verstärkt wird dieser Vorteil durch die langjährige, kontinuierliche Mitarbeit, die diese hierarchischen Strukturen verfestigt.

Solche Strukturen haben Nachteile:

NeueinsteigerInnen in einen solchen Kreis haben keine Chance diesen Informationsvorsprung je aufzuholen. Je länger dieser „interne“ Kreis existiert, umso schwieriger wird die Lösung dieses Problems. Die Folge davon ist, dass NeueinsteigerInnen in den bundesweiten ATTACKoKreis nach einer gewissen Zeit resignieren und das der „interne“ Kreis noch mehr Arbeit zu leisten hat.

ATTAC-D lebt von seinen Kontakten zu anderen Organisationen. Durch diesen „internen“ Kreis werden die Kontakte von ATTAC-D zu anderen Organisationen auf wenige Personen bei ATTAC-D kanalisiert. Dieser Zustand ist unbefriedigend. Wichtig wäre es, mehr ATTACies – aus dem KoKreis und darüber hinaus – in solche Organisationsbeziehungen einzubinden um so unser Beziehungsgeflecht zu verbreitern.

Ähnliches gilt für die Darstellung von ATTAC-D in der Öffentlichkeit. Pressemitteilungen inkl. Ansprechpartner kommen in der Regel aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen. Bei den im Pressearchiv verfügbaren Pressemitteilungen kamen fünf männliche Personen aus Mitgliedsorganisationen auf einen Anteil von 63%. Alle Frauen zusammen auf lediglich 14%, nimmt man Astrid Kraus heraus bleiben noch 7% für alle restlichen Frauen des BundesKoKreises der letzten drei Jahre übrig. Die Aussage „ATTAC-D wird in der Öffentlichkeit von Männern aus Mitgliedsorganisationen dargestellt“ ist nicht leicht von der Hand zu weisen.

Dies zeigt ein weiteres Problem auf: ATTAC-D wird in der Öffentlichkeit zwangsläufig als „männlich“ wahrgenommen. Das dies Rückwirkungen auf ATTAC insgesamt hat, lässt sich nicht von der Hand weisen. Rückwirkungen auf die Frauenquote im KoKreis und der Möglichkeit von Frauen, sich mit ihren Themen im KoKreis durchzusetzen sind ebenfalls offensichtlich. Feststellen kann man dies an der jeweils relativ kurzen Verweildauer von Frauen im bundesweiten KoKreis – Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Vertreter von Mitgliedsorganisationen haben auch Eigeninteressen der eigenen Organisation. Diese stehen zwar selten bis nie im Widerspruch zu den Zielen von ATTAC-D, bilden aber immer nur einen Ausschnitt des ATTAC-Spektrums ab. Wir möchten uns hier nicht gegen eine individuelle thematische Schwerpunktsetzung wenden, aber einem Bundes- KOORDINIERUNGSKreis kann auch nicht die individuelle Gesamtverantwortung für das gesamte Spektrum von ATTAC-D genommen werden.

Um diese Missstände zu beheben haben wir zwei Vorschläge:

1. ein personenbezogenes, individuelles Rotationsprinzip im ATTAC-KoKreis und im ATTAC-Rat einzuführen, dessen Dauer vier Jahre nicht überschreiten sollte.
2. auch bei der der Wahl der Mitgliedsorganisationen, bzw. der ATTAC-AGZusammenhänge denjenigen Mitgliedsorganisationen, bzw. AG's den Vorrang einzuräumen, die Frauen nominieren.

Uns ist dabei bewusst, dass dies zu Verwerfungen führen kann, wenn auf einen Schlag so viele Erfahrungen und Kontakte aus dem bundesweiten KoKreis ausscheiden. Wir nehmen jedoch an, dass diejenigen, die sid dem KoKreis ausscheiden, auch weiterhin bei ATTAC in den jeweiligen individuellen Arbeitsfeldern aktiv sein werden und es bleibt allen unbenommen, zwischen ATTAC-KoKreis und ATTAC-Rat zu wechseln. Über diese Ebene können Erfahrungen und Kontakte weitergegeben werden, also die kommunikative Basis von ATTAC-D verbreitert werden. Die Netzwerk-Struktur könnte auch in der Öffentlichkeit durch einen neuen Personenkreis deutlich werden, in dem auch Frauen eine reelle Chance bekommen.

Aktivenkreis ATTAC-Köln

Anlage: Auszug aus dem ATTAC-Wiki zur Wahl des bundesweiten KoKreises

Die Mitglieder des Koordinierungskreises werden von den Delegierten gewählt.

Die VertreterInnen der Attac-Gruppen

Alle KandidatInnen müssen ein Mandat einer aktiven Attac-Gruppe haben. Bei allen Wahlen von Attac-GruppenvertreterInnen ist nur gewählt wer mindestens 50% der abgegebenen Stimmen erhält. Alle KandidatInnen haben Gelegenheit sich vorzustellen. Dabei müssen sie offen legen, welchen anderen politisch aktiven Organisationen und Parteien sie angehören und ob sie dort Ämter bzw. Mandate bekleiden. Die Wahl findet geheim statt. 8 der 12 VertreterInnen der Attac-Gruppen werden auf dem Ratschlag von den vier Regionalversammlungen gebildet. Die regionale Aufteilung erfolgt so: Süden (Bayern, Baden-Württemberg), Osten (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen), Westen (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) und Norden (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen). Jede Regionalversammlung besteht aus den Delegierten der jeweiligen Region. Sie tagen öffentlich. Auf jeder Regionalversammlung werden zwei VertreterInnen gewählt, davon jeweils maximal ein Mann.

Die verbleibenden 4 Plätze werden vom Plenum der Delegierten aus den Attac-Gruppen bestimmt, wobei sichergestellt sein muss, dass insgesamt nicht mehr als 6 Männer von den Attac-Gruppen gewählt werden.

Die VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen

Die 6 VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen werden auf einer Versammlung der VertreterInnen der anwesenden bundesweit arbeitenden Organisationen gewählt. Alle Organisationen, die im Koordinierungskreis mitarbeiten wollen, werden kurz in der Versammlung der Organisationen vorgestellt. Alle Organisationen müssen überregional tätig sein. Sie sollen benennen, welche Person sie im Kokreis vertreten wird. Die Personen sollen offen legen, welchen anderen politisch aktiven Organisationen und Parteien sie angehören und ob sie dort Ämter bzw. Mandate bekleiden. Bestimmt werden jedoch Organisationen, nicht natürliche Personen. Die gewählten Organisationen sollen eine ausgewogene Mischung ergeben. Es geht darum, die verschiedenen Teile des Bündnisses gut abzubilden. Wenn sich die Versammlung der Mitgliedsorganisationen nicht einigen kann, so werden die Organisationen gewählt. Die Wahl findet in drei Wahlvorgängen statt, um der Versammlung die Möglichkeit zu geben, die Zusammensetzung der Organisationen im Kokreis genauer zu bestimmen. Gewählt ist die Organisation, die mindestens 50% der Stimmen enthält.

Die VertreterInnen der bundesweiten Arbeitszusammenhänge

Die Bestimmung der VertreterInnen der weiteren bundesweiten Arbeitszusammenhänge erfolgt, nachdem die VertreterInnen der Attac-Gruppen und der Mitgliedsorganisationen bestimmt wurden. Dabei soll berücksichtigt werden, welche bundesweiten Arbeitszusammenhänge im Koordinierungskreis noch fehlen. Die kandidierenden Arbeitszusammenhänge sollen benennen, welche Person sie im Kokreis vertreten wird. Die Personen sollen offen legen, welchen anderen politisch aktiven Organisationen und Parteien sie angehören und ob sie dort Ämter bzw. Mandate bekleiden. Bestimmt werden jedoch Arbeitszusammenhänge, nicht natürliche Personen. Dazu wird im Plenum eine Liste von nicht oder nicht ausreichend im Koordinierungskreis vertretenen Organisationen gesammelt. Dem Plenum bleibt nun überlassen, ob es die Auswahl der VertreterInnen der Arbeitszusammenhänge durch eine Arbeitsgruppe vorbereiten lässt oder direkt von der Liste der kandidierenden Arbeitszusammenhänge wählt.

NEU

Rotationsprinzip

Für alle VertreterInnen im bundesweiten Koordinierungskreis gilt, dass sie als Person maximal vier Jahre Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis sein können. Sie dürfen nach einer vierjährigen Pause wiederum in den Koordinierungskreis gewählt werden.

Quotierung

Sowohl für die Mitgliedsorganisationen, als auch für die bundesweiten ATTAC-Arbeits-Gemeinschaften gilt, dass diejenigen Mitgliedsorganisationen bzw. bundesweiten AG's, die Frauen als Vertreterin der jeweiligen Organisation/AG vorschlagen, bevorzugt werden, bis die Hälfte der der jeweiligen Gruppe zustehenden Plätze im bundesweiten KoKreis, bzw. im ATTAC-Rat erreicht ist.

Der Vorschlag für ein Rotationsprinzip im Ko-Kreis wurde nach der Konsensrunde zurückgezogen.

Der Vorschlag zur Quotierung in den Gremien wurde zurückgezogen. Das Thema soll in die Gender-Debatte einfließen.

S4: Zusammenstellen aller Regeln auf Attac-Bundesebene in einem „Buch der Beschlüsse“

Begründung

Demokratie basiert auf klaren Regeln. Bisher gibt es bei Attac keine Zusammenstellung aller Regeln auf Attac-Bundesebene in einem „Buch der Beschlüsse“. Manche Konflikte könnten vermieden werden, wenn man die Regeln zusammenfasst und transparent macht. Außerdem ist es für den Außenauftritt von Attac sinnvoll, dass man künftig ein „Buch der Beschlüsse“ vorweisen kann anstatt sagen zu müssen, dass fast im luftleeren Raum operiert wird.

Roman Haug von Attac Mainz hat sich um eine solche Zusammenstellung bemüht, meines Wissens aber noch keinen Durchbruch erzielt. Ziel muss sein, dass beim nächsten Ratschlag ein „Buch der Beschlüsse“ vorliegt. Alle Bundesgremien sind dabei zur Kooperation verpflichtet.

Antragsteller : Michael Kraus, Sprecher für Attac Würzburg

Der Vorschlag S4 zum "Buch der Beschlüsse" wurde angenommen. Der Ko-Kreis erklärt, dass er sich der Aufgabe annehmen wird.

S5: Personalwahl auf Bundesebene für zwei Jahre; Nachwahl ist nach einem Jahr möglich

Begründung

Für eine effektive Arbeit in KoKreis und Rat ist personelle Kontinuität notwendig. Daher sollten die Angehörigen dieser beiden Gremien für zwei Jahre gewählt werden. Falls jemand vorzeitig ausscheidet, ist eine Nachwahl nach einem Jahr möglich.

Nachdem beim Ratschlag bis zu acht Stunden nur für Personalwahlen benötigt werden, brächte eine zweijährige Wahlperiode eine enorme Zeit- und damit auch Geldersparnis mit sich. Noch zeit- und finanzgünstiger wäre freilich die Abschaffung des in der Praxis überflüssigen Attac-Rats (siehe Antrag C).

Antragsteller : Michael Kraus, Sprecher für Attac Würzburg

Vom Vorschlagsteller wird folgende Ergänzung eingebracht: Wenn es einen Rücktritt nach einem Jahr gibt, dann soll eine Nachwahl stattfinden (ist im Vorschlag so vorgesehen).

Das Meinungsbild zu dem ergänzten Vorschlag war nicht eindeutig. Es wurde beschlossen, den Vorschlag auf 2007 zu vertagen. Der Rat soll darüber debattieren, wann genau der Vorschlag erneut eingebracht wird.

S6: Die Attac-Funktionen auf Bundesebene (momentan: KoKreis und Rat) werden durch Urwahl bestimmt.

Begründung

Für die Personenwahl wird bei Attac-Ratschlägen immer viel Zeit und Energie aufgewendet. Ob es dafür dieser ausführlichen und kräfteaubenden Prozedur bedarf, ist zumindest fraglich – ein Großteil der permanenten KoKreis-Mitglieder hat über die Jahre nicht gewechselt, und der Rat hat ohnehin wenig zu bestimmen. Auch die demokratische Legitimation dieser Wahl ist bei einer Zahl von nur noch 150 Anwesenden durchaus hinterfragbar, zumal viele Attac-Regionalgruppen auf den Ratschlägen schon gar nicht mehr vertreten sind.

Eine kosten- wie energiesparende Alternative zur ausführlichen und komplizierten Wahlprozedur wäre eine Urwahl, also eine Abstimmung der Basis über die Personen. Dabei sollten alle Mitglieder von Attac sowie die Regionalgruppen sowie die bundesweiten Gremien (KoKreis, Rat, AGs) Stimmrecht besitzen. Die KandidatInnen könnten im Attac-Rundbrief vorgestellt und die Wahlunterlagen darin verschickt werden. Außerdem wäre eine Abstimmung via Internet sowie bei Regionalgruppen-Plena möglich. Die praktischen und technischen Details sind von einer auf diesem Ratschlag einzurichtenden AG bis zum nächsten Ratschlag zu klären, damit das Verfahren dann verbindlich beschlossen werden kann. Attac würde damit zu einem Pionier echter, nämlich direkter Demokratie in Deutschland!

Antragsteller: Michael Kraus, Sprecher für Attac Würzburg

S7: Die Jahres-Schwerpunkte bei Attac werden durch Urwahl bestimmt.

Begründung

Für die Schwerpunkt-Diskussion wird bei Attac-Ratschlägen oft viel Zeit und Energie aufgewendet. Meist fällt nach kontroverser Debatte eine Kompromiss-Entscheidung, dass man mehrere Schwerpunkte fördert. Ob es dafür der ausführlichen und kräfteaubenden Diskussion bedurft hätte, ist zumindest fraglich. Auch die demokratische Legitimation dieser Entscheidungen ist bei einer Zahl von 150 Anwesenden durchaus hinterfragbar, zumal viele Attac-Regionalgruppen auf den Ratschlägen schon gar nicht mehr vertreten sind.

Eine kosten- wie energiesparende Alternative zu diesen langen Debatten über Schwerpunkte wäre eine Urwahl, also eine Abstimmung der Basis über die Schwerpunkte. Dabei sollten alle Mitglieder von Attac sowie die Regionalgruppen sowie die bundesweiten Gremien (KoKreis, Rat, AGs) Stimmrecht besitzen. Die Schwerpunkte könnten im Attac-Rundbrief vorgestellt und die Wahlunterlagen darin verschickt werden. Außerdem wäre eine Abstimmung via Internet sowie bei Regionalgruppen-Plena möglich. Die praktischen und technischen Details sind von einer auf diesem Ratschlag einzurichtenden AG bis zum nächsten Ratschlag zu klären, damit das Verfahren dann verbindlich beschlossen werden kann. Attac würde damit zu einem Pionier echter, nämlich direkter Demokratie in Deutschland!

Antragsteller : Michael Kraus, Sprecher für Attac Würzburg

Die Vorschläge S6 und S7 wurden beide zurückgezogen. Statt dessen wurde ein Konsensvorschlag gemacht, in dem der Rat aufgefordert wird, eine Rats-AG einzusetzen, die mehr Einbeziehung und Mitbestimmung der Basis ermöglichen soll.

S9: Abschaffung des Attac-Rats

Begründung

Der Herbstratschlag 2002 in Frankfurt stellte fest: „Der Attac-Rat trifft sich etwa viermal im Jahr. Er diskutiert richtungsweisende Prozesse, Haushaltsplan und weiterreichende Entscheidungen. All die langfristigen Themen, für die der Ratschlag nicht die Ruhe und Kontinuität und der Koordinierungskreis nicht die Zeit bietet, sollen hier diskutiert werden. Der Rat ist der strategische Kern von Attac. Er soll die Ideen und Vorstellungen aller Teile von Attac zusammenbringen. Der Attac-Rat dient der Beteiligung der Gruppen und Mitgliedsorganisationen verschiedener politischer Hintergründe. Er ist auch für sich entscheidungsfähig.“

Wie sich in der praktischen Arbeit herausgestellt hat, kommt der Rat aus verschiedenen Gründen einem Großteil der genannten Aufgaben nur sehr unzureichend oder gar nicht nach. So findet etwa eine Kontrolle der KoKreis-Arbeit faktisch nicht statt, vielmehr steuern KoKreis-Mitglieder maßgeblich die Diskussionen und Beschlüsse des Rats. Der Rat debattiert zwar so manches, doch die wichtigen Entscheidungen fallen meist im KoKreis, bisweilen auch auf den Ratschlägen.

Tatsächlich vom Rat wahrgenommene Aufgaben sind lediglich die Organisation der Ratschläge sowie die Moderation der Mailinglisten (über die Rats-AG Mailinglisten). Dafür braucht es jedoch kein so teures Gremium. Daher kann der Rat ohne politischen Verlust abgeschafft werden. Die Organisation der Ratschläge kann der KoKreis zusammen mit der bestehenden 400-Euro-Kraft und freiwilligen Mitgliedern übernehmen. Für die Mailinglisten-Moderation kann eine bundesweite AG eingerichtet werden.

Antragsteller: Michael Kraus, Sprecher für Attac Würzburg

Der Vorschlag wird zurückgezogen, statt dessen wird nach der Konsensrunde ein neuer Vorschlag eingebracht:

Der Rat erhält den Auftrag, die eigene Rolle zu reflektieren, z.B. die eigenen Aufnahmen, Verknüpfung mit Basis und Ko-Kreis.

Dieser Vorschlag wurde angenommen.

S 10: Konsensverfahren

Zu diesem Vorschlag wurden vom Ratschlag ein paar Änderungen im Text vorgenommen. Der folgende Text ist der beschlossene:

Die Strukturbeschlüsse des attac Ratschlages aus dem Jahre 2002 sind derzeit lediglich im Netz verfügbar und auch dort ist nur jede einzelne attac-Regel einzeln abrufbar und nicht als strukturierter Text vorhanden (siehe: <http://www.attac.de/alex/wiki/index.php/Attac2ndWiki:Portal>)

Nicht zu finden ist dort aber eine Regel über das Konsensfindungsverfahren bei attac. Offensichtlich wurde im Jahre 2002 die damals beschlossene Regel nicht ausreichend dokumentiert, jedenfalls fehlt es an einer schriftlichen Fixierung des Konsensfindungs-verfahrens bei attac. Dies kann kein Dauerzustand sein, zumal es sich bei dem Konsensprinzip um ein Wesensmerkmal, um das "Herzstück" von attac handelt. Ob sich der folgende Vorschlag auch wirklich in der Praxis bewährt, muss einer Überprüfung unterzogen werden. Daher soll der Ratschlag dieses Konsensfindungsverfahrens zunächst nur „auf Probe“ und mit einfacher Mehrheit beschließen. Auf dem Herbstratschlag 2007 kann dann anhand der zwischenzeitlich (Auf dem Sommer-Ratschlag und dem Herbstratschlag 2007) gewonnenen Erfahrungen erneut über dieses

Konsensfindungsverfahren befunden und ebenfalls mit einfacher Mehrheit Änderungen oder Ergänzungen beschlossen werden.

Teil I: Die attac Regelsammlung wird um folgende Regel ergänzt:

5 stufiges Konsensfindungsverfahren:

Für alle inhaltlichen Beschlüsse der attac Organe gilt das Konsensprinzip unter Einhaltung des folgenden Konsensfindungsverfahrens. Es gilt der Grundsatz: "Konsens ist nicht, wenn alle zustimmen, sondern wenn kein Veto einlegt wird". Es wird grundsätzlich versucht, auf Konsens zu diskutieren. Das Veto soll ultima ratio sein. Ein Veto kann von 10% der Anwesenden herbeigeführt werden.

1. Diese Konsensfindung vollzieht sich in der ersten Stufe im Rahmen einer moderierten Debatte (z. B. um den Inhalt eines Antrages), bei welcher auch jederzeit durch Handzeichen ein Meinungsbild eingeholt werden kann. Führt diese Debatte innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit festgelegten Zeitrahmens nicht zu einem solchen Konsens wird die Debatte zunächst abgebrochen. (Die Konsens-Abstimmung erfolgt, indem zunächst die Zustimmung abgefragt wird, danach die Gegenstimmen dann die Enthaltungen. Und zum Schluss die Vetostimmen) Dieses Verfahren kann (!) auch unter Verwendung verschieden farbiger Karten durchgeführt werden: z. B.: Grün: Volle Zustimmung Blau: Zustimmung mit Bedenken; Weiss: Enthaltung, Gelb: Dagegen, aber Kein Veto, sondern passieren lassen Rot: Veto („Ich Verbiete“) Beschlüsse sind nur möglich, wenn ein Vorschlag mehr positive (blau und grün) als negative Stimmen (rot und gelb) hat und die Zahl derjenigen, die ein Veto einlegen wollen kleiner 10% liegt. Wenn möglich sollten auch bei weniger als 10% Vetos nach einem Meinungsbild die Einwände vor der Entscheidung gehört werden.
2. Bei fehlendem Konsens wird in der zweiten Stufe eine offene Gruppe gebildet, an der sich insbesondere die Kontrahenten der Debatte beteiligen. Diese Gruppe ("Konsensrunde" genannt) geht "in Klausur" und bemüht sich innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens einen konsensfähigen Kompromiss zu formulieren.
3. Gelingt dies wird in der dritten Stufe über diesen Kompromissvorschlag nach einer kurzen Debatte im Plenum, also unter allen Anwesenden abgestimmt.
4. Wenn diese Abstimmung dann nicht weniger als 10% Vetostimmen ergibt, kann (!) in der vierten Stufe innerhalb der Minorität ohne weitere Debatte eine Abstimmung durchgeführt werden, ob der Konsens -unter Einräumung der Möglichkeit, ein kurzes Minderheitenvotum ebenfalls zu veröffentlichen (bei Nennung der Prozentzahl der Minderheit) - dennoch akzeptiert wird oder nicht. Wenn diese Abstimmung mit einfacher Mehrheit zum Ergebnis kommt, dass der Konsens dennoch nicht akzeptiert werden kann, ist die Konsensfindung auf diesem Ratschlag gescheitert. In diesem Fall können weitere Konsensrunden zwischen den Ratschlägen stattfinden. Auf dem nächsten Ratschlag kann es dann möglich sein, dass über das gleiche Thema ein Beschluss herbeigeführt wird, auch wenn mehr als 10%, aber weniger als 25% Vetos eingelegt werden. – Die Details dieses Prozesses sind noch zu klären.).
5. Andernfalls wird in der fünften Stufe abschließend innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens der Inhalt des Minderheitenvotums zur Kenntnisnahme vorgelegt. Danach wird nicht mehr über den Inhalt des Beschlusses oder des Minderheitenvotums abgestimmt, sondern mittels 90%iger Mehrheit lediglich darüber, ob beide als solche von attac verabschiedet werden oder nicht.

Vorteile des Konsensprinzips/ des 5 stufigen Konsensfindungsprozesses:

- Die sehr heterogene Mitglieder-Struktur von attac wird zusammengehalten und das attac Netzwerk zerreißt nicht
- Die Diskussions- und Streitkultur wird merklich verbessert
- Fraktionsbildungen innerhalb von attac werden vermieden
- Endlose, fruchtlose Debatten und "Zerreisproben" durch knappe Kampfabstimmungen finden nicht statt

Teil II: attac-Regel-Sammlung

Der Koordinierungskreis wird beauftragt eine attac-Regel-Sammlung zu erarbeiten. Eine solche Regelsammlung soll künftig durch das Bundesbüro auch in Papierform zur Verfügung gestellt, und auf Ratschlägen den Teilnehmerunterlagen beigelegt werden.

3) Finanzvorschläge im engeren Sinne

F4: Vorschlag zur Unterstützung beim Aufbau einer Attac-Jugendplattform – Finanz AG

Im Rahmen des attacacademie.1-Pilotprojekts arbeiten wir derzeit am Aufbau einer Jugendplattform in Attac. Dieser bundesweite Zusammenhang soll Jugendliche in Attac einbinden und als Sprungbrett zu anderen Arbeitszusammenhängen fungieren. Gleichzeitig können hier globalisierungskritische Themen mit besonderem Bezug zu Themen Jugendlicher / junger Erwachsener kampagnenförmig bearbeitet werden. Startschuss geben sollen vier regionale Seminare für junge Menschen im kommenden Jahr im Rahmen der G8-Dynamik, darunter eines auf dem europäischen Jungentreffen in Saarbrücken.

Als ersten konkreten Schritt bereiten wir derweil bereits ein MultiplikatorInnen-Treffen vor, aus dem heraus die Konferenzen, Materialien, Internetauftritt etc. vorbereitet werden sollen. Hier sollen 10-20 junge Engagierte aus der Bewegung zu einem Planungsteam zusammenwachsen.

Als finanzielle Grundlage für die Organisation des MultiplikatorInnen-Treffens und zur Deckung der mit dem Aufbau der Plattform verbundenen Kosten beantragen wir 1.000 Euro. Zusätzlich versuchen wir Drittmittel zu akquirieren.

Eine ausführliche Vorstellung des Projektes erfolgt beim kommenden Ratschlag in Frankfurt.

Jantje Danielzick, Julian Bank, Sebastian Bödeker, Susan Teege

Der Vorschlag wurde angenommen.

4) Projekte

P1: Exposé zu einer Kampagne für die Verstaatlichung der Energienetze und Rekommunalisierung von Stadtwerken

Um was geht es?

Die deutsche Energiewirtschaft bildet ein ökonomisches und politisches Machtkartell, das demokratiegefährdende Formen angenommen hat. Ein enges Geflecht von wirtschaftlichen und personellen Abhängigkeiten sichert die Machtposition innerhalb von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ab. Aktuell versucht man wettbewerbsfreundliche Gesetze und Verordnungen im Bundestag permanent zu beeinflussen und/oder zu behindern.

Vier große Konzerne beherrschen die deutsche Energiewirtschaft: E.ON, RWE, Vattenfall Europe sowie die Energie Baden-Württemberg (EnBW). Deren Macht geht häufig zu Lasten von Haushaltskunden und die KMU, denn unter anderem verhindern die vier Energieriesen einen funktionierenden Wettbewerb. Um lukrativen Großkunden Dumpingpreise anbieten zu können, verlangen die Unternehmen Haushaltskunden und Mittelstand wesentlich höhere Energietarife ab. Nach dem Willen der vier Energiekonzerne sollte diese Vorgehensweise sogar im neuen Energiewirtschaftsgesetz verankert werden, was ihnen nicht gelang.

Ökonomische Verflechtungen

Wirtschaftlich sind die vier großen Energiekonzerne mit etlichen Akteuren der Finanzwirtschaft wie der Deutschen Bank und der Dresdner Bank sowie der Allianz AG verbunden. Dadurch entstand ein Netzwerk der mächtigsten Wirtschaftsbranchen der Bundesrepublik. Dieses wurde auch Ausdruck dessen, was Gerhard Schröder unter der "Deutschland AG" verstand.

Energiekonzerne "schlucken" viele Stadtwerke

Zeitlich parallel zur Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes erwarben insbesondere E.ON und RWE viele Stadtwerke oder kauften zumindest nennenswerte Anteile. Dies geschah teilweise auch durch zwischengeschaltete Konzerntöchter wie der E.ON-Tochter Thüga. Von den etwa 900 Stadtwerken in

Deutschland haben bisher 194 den beiden großen Verbundunternehmen E.ON und RWE eine Minderheitsbeteiligung von mehr als zehn Prozent eingeräumt. Diese Beteiligungen sichern den Energieabsatz der beiden Giganten ab: Die Stadtwerke beziehen den Strom vom jeweiligen Energiekonzern, statt selbst Kraftwerke zu bauen sowie das Gas, ohne es selbst zu fördern.

Industrie als Großkunde

Innerhalb des Firmengeflechtes sind auch Verbindungen zu einigen Industrieunternehmen als Großkunden hervorzuheben. Darunter fällt vor allem die besonders energieintensive Chemie- und Aluminiumindustrie. Um zu verhindern, dass diese Unternehmen eigene Erzeugungskapazitäten aufbauen, boten ihnen die Energie-Riesen im Vergleich zu Privatkunden niedrigere Stromtarife an. Darüber hinaus beteiligten sich die Energiekonzerne an den entsprechenden Unternehmen, etwa dem Chemieriesen Degussa. Daher liegt der Marktanteil der Stromerzeugung aus industriellen Kraftwerken, mit denen in der Regel nur der Eigenbedarf an Energie abgedeckt werden soll, bei lediglich acht Prozent.

Des Weiteren sprechen sich die erwähnten Unternehmen an der Seite der Energiewirtschaft für angeblich "billigen" Kohle- und Atomstrom und gegen erneuerbare Energien aus. Gewerkschaften, vor allem die IG Bergbau, Chemie, Energie, die die Belegschaften der Chemieindustrie wie des Bergbaus vertritt, unterstützen diese Politik.

Allerdings ist der Strom sowie Gas alles andere als billig, obwohl schon längst die Energieversorgung in der Anschaffung und Investition abgeschrieben sind und Gewinne werden nicht in zukunftssträchtige Energieformen investiert, sodass eine Ablösung von Atomstrom oder fossilen Brennstoffen durch erneuerbare Energie erfolgen kann. Auch das Monopol des Staates sowie die Hoheit über die Energienetze liegen schon lange in der Hand von den 4 Energieriesen, welche schon lange vom Steuerzahler mehrfach bezahlt wurden, aber nun weiterhin mit Gebühren belastet werden, die der Endverbraucher eigentlich nicht mehr zahlen müsste. In Dänemark hat man dieses genauso gesehen und verstaatlichte einfach die Energienetze ohne den Konzernen einen Euro als Entschädigung zu zahlen. Somit wurden die Energiepreise gesenkt und dem Bürger als Steuerzahler sein Eigentum wiedergegeben. Alternative Energien, die aus kleineren Haushalten durch Windräder eingespeist werden, können so günstiger in das gesamte Stromnetz eingespeist werden und muss nicht mehr auf das "Good will" für hohe Gebühren der Konzerne angewiesen sein.

Die Alternative

Der Schlüssel liegt also in der Energieinfrastruktur, um tatsächlich eine Energiewende zu vollziehen und die Machtstellung der Energiekonzerne einzuschränken.

Allerdings ist das nicht als eine Aufgabe auf Bundesebene alleine anzusehen, denn ursprünglich liegen die hoheitlichen Aufgaben bei den Kommunen, die die Energieversorgung vor Ort gewährleisten müssen. D.h. dass es um die Stadtwerke vor Ort geht, sodass die Kommunen wieder eine Unabhängigkeit von Energiekonzernen erlangen können und ihren Strom und Gas unabhängig anbieten können und gleichzeitig dabei auch ihrer originären Aufgabe einer Kommune beitragen können, nämlich die Melkkuh der Kommunen selbst zu sein, um andere Dinge der Daseinsvorsorge vor Ort gewährleisten zu können wie z.B. den ÖPNV oder Schulschwimmen durch Hallenbäder oder Bibliotheken zur allgemeinen Bildung der Bevölkerung. Dieses ist heutzutage bei den meisten Kommunen nicht mehr möglich, da die Stadtwerke eine eigene private Rechtsform erhalten haben als GmbH und damit entlassen sind aus der Verpflichtung zur kommunalen Daseinsvorsorge, welche sich heute mehr oder weniger darauf beschränkt Sportvereine zu sponsorn allerdings aus Eigeninteresse des Marketings und entsprechender Steuerabschreibung, was notwendig ist für eine private Gesellschaft um nicht zu viele Kapitalsteuern zahlen zu müssen.

Die alternative Lösung für eine Unabhängigkeit von Energiekonzernen und der Macht dieser zu zerschlagen sowie andere Formen der Energiewirtschaft auf den Weg zu bringen, und dabei die Sanierung von Kommunen zu ermöglichen, liegt in zwei Lösungen, die schon in verschiedensten Städten vollzogen wurde.

1. Rekommunalisierung der Stadtwerke zu einem reinen kommunalen Eigenbetrieb welches mehrere Vorteile hat unter anderem steuerliche, da Verpflichtung zur Daseinsvorsorge, kann nicht insolvent gehen etc. (keine GmbH oder AG Form mit 100% Stadtanteil!, da es um die Verpflichtung zur kommunalen Daseinsvorsorge geht nach Kostendeckungsprinzip und nicht nach betriebswirtschaftlichem Profitmaximierungsprinzip, was eine ungleich höhere Belastung für den Bürger ist und gleich wieder nach marktconformen Wettbewerbskriterien von Konzernen geschluckt werden kann - Insolvenzgefahr!)

2. Partizipative Wiederaneignung durch die Bürger einer Stadt/Dorf wie das Beispiel Freiamt im Schwarzwald

zeigt. Direkte Bürgerbeteiligung zur nachhaltigen Energieversorgung und Unabhängigkeit von Konzernen. Regionale Betriebe in die Energieversorgung einzubinden für Investitionen und Beteiligung um damit auch gleichzeitig eine regionale Wirtschaft zu stützen, was indirekt der Kommune durch mehr Gewerbesteuern nützt.

Je nach Bedingungen vor Ort wird sich die eine oder andere Variante entwickeln, welche beide ihre Berechtigung haben und realistisch umsetzbar sind. In Großstädten wird sich die Rekommunalisierung besser eignen, und in Dörfern/Kleinstädten wird sich die partizipative Wiederaneignung besser eignen, vor allem wenn diese ländlich konservativ geprägt sind. In jeweiligen Fällen muss die politische Struktur berücksichtigt werden. In Großstädten wird man eher auf die SPD setzen können und in Dörfern/Kleinstädten eher auf die CDU, wenn dörfliche Strukturen erhalten geblieben sind. Das macht diese Kampagne auch überparteilich und lässt sich nicht in ein bestimmtes politisches Spektrum einordnen. Eine Bindung an Parteien gibt es dabei nicht. Der Vorteil für attac in dieser Kampagne liegt in den ureigensten Interessen und den Kompetenzen, die bisher schon erworben wurden und somit die Stärken von attac dabei völlig selbstverständlich hineinfließen und motivieren, welche dabei wären:

- Konzernkritik
- anschlussfähig für die Umweltbewegung von klassisch Anti-Atom bis BUND
- anschlussfähig auch für nicht sozialistisch orientierte ÖkonomInnen ("Alternativen") und Unabhängigkeit von Gewerkschaften, da sie im Zweifelsfalle durch die IG BCE und IG Metall diese Kampagne blockieren würden.
- Anschlussfähig bis ins bürgerlich konservative Milieu hinein (ländlich).
- anschlussfähig für die soziale Bewegung:
 - a) trifft die Allgemeinheit der VerbraucherInnen am Geldbeutel ("Warum muss ich ständig Gebühren für etwas zahlen, wofür ich schon lange als Steuerzahler in der Vergangenheit bezahlt habe?")
 - b) Kampfformen der Wiederaneignung
 - europäische Perspektive auf politischer wie auch auf juristischer Ebene (EuGH Urteil zu "In House" Geschäften mit Empfehlung des europäischen Gerichtshofes entweder zu rekommunalisieren oder in reiner privater Form zu betreiben, dabei aber PPP Modelle (Public Private Partnership) aufzugeben.
 - Kernbereich der Attac-Thematik: GATS, Lissabon und Bolkestein werden praktisch

Fazit für attac selbst:

Attac wird als Marke wieder sichtbar, glaubwürdig und eigenständig! Attac als Marke gewinnt wieder Selbstbewusstsein und kann das versprechen, was attac als Marke auch in der Vergangenheit war.

Lokale Gruppen sind der Motor vor Ort und ziehen mit der Bundesebene an einem Strang, wobei AGs wieder die ThinkTanks von Attac werden. Attac als Netzwerk, Bewegung und NGO kann so wieder ihre Stärken auspielen und ist nicht dazu gezwungen nur einen Aspekt von attac in den Vordergrund zu heben.

Medien werden dieses begleiten und begreifen als neuen Aufbruch von attac.

Vorschlag von: Rüdiger Heescher, Lohe 10a, 25436 Uetersen
Tel: 04122-989087, Email: heescher@attac.de

Anregung: Es ist ein gutes und wichtiges Thema, aber sollte später wahrgenommen werden, nach G8. Verweis: AG-Arbeit zu Privatisierung.

Meinungsbild: Fast nur Zustimmung, sehr wenige Enthaltungen.

P2: Nach den Niederlagen im Kampf gegen Studiengebühren bildungspolitisch Stellung beziehen und aktiv werden - in das ABS eintreten

Vorschlagstellerin: attac campus bochum

Mit der Einführung von Studiengebühren für prinzipiell alle StudentInnen in Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ist auf der Schnittstelle von Sozial- und Bildungspolitik eine für alle Menschen und Gruppen, die wie Attac Deutschland für soziale Gerechtigkeit eintreten, nicht hinzunehmende Niederlage zu verzeichnen.

Der Versuch, die Einführung von Studiengebühren durch kurz- und mittelfristige, hauptsächlich von StudentInnen getragene Proteste zu verhindern, ist somit gescheitert.

Doch Studiengebühren müssen langfristig auf der Tagesordnung kontinuierlich arbeitender sozial- und bildungspolitischer AkteurInnen stehen. Es ist an der Zeit, dass Attac Deutschland sich positioniert und verstärkt bildungspolitischer Fragen annimmt.

Der attac-Herbstratschlag vom 27.-29.10.06 in Frankfurt am Main möge beschließen:

1. Attac Deutschland tritt ein für ein gebührenfreies Bildungswesen von der KiTa bis zum SeniorInnenstudium.
Attac Deutschland fordert die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.
Attac Deutschland unterstützt Proteste gegen Schulgelder und Studiengebühren in Deutschland und weltweit.
2. Attac Deutschland erklärt seinen unentgeltlichen Beitritt zum Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (abs) und gibt dies öffentlich bekannt. Mit dem Beitritt tritt Attac Deutschland dem Eindruck entgegen, über die Einführung von Studiengebühren sei das letzte Wort gesprochen. Der Beitritt bekundet den Willen von Attac Deutschland, sich verstärkt bildungspolitischer Fragen anzunehmen.

Insbesondere die Attac-Campusgruppen sind aufgerufen, sich nach dem vorläufigen Ende der studentischen Proteststrukturen an den Hochschulen als beständig arbeitende hochschul- und bildungspolitische Organisationsalternative anzubieten, sowohl innerhalb lokaler, als auch bundesweiter Bündnisse wie den Sozialforen und natürlich Attac.

Der Vorschlag für ein Aktionsbündnis gegen Studiengebühren wurde angenommen.

P3: Vorschlag zur Diskussion über Zusammenarbeit mit Filmprojekt "über-arbeiten" von Ludger Spellerberg

Hiermit mache ich offiziell den Vorschlag das Thema Filmprojekt "über-arbeiten" und die damit verbundene Verquickung mit der Bertelsmann Gruppe und der Stiftung auf dem Ratschlag zur Diskussion zu stellen. Ich wünsche mir eine intensive Diskussion, an deren Ende festzustellen ist, ob diese Zusammenarbeit attac.de schadet oder nützt.

Begründung: In den vergangenen Jahren hat sich Bertelsmann einer Krake gleich in der Medienlandschaft ausgebreitet. Dazu einige Zahlen und Fakten. Zu Bertelsmann gehören die Sender: RTL, RTL 2, Super RTL, VOX, ntv-Nachrichten. Die Verlage und Magazine: Der Verlagskomplex Gruner & Jahr, Capital, Brigitte, Spiegelanteil (25%), Manager Magazin (25%), Financial Times (50%) und, und, und .. Diese Durchdringung der Medienlandschaft kann mit einem Wort beschrieben werden. Es lautet: Meinungshegemonie. Politiker aller Colleur, exponierte Journalisten und Pseudopromis geben sich bei Bertelsmann die Klinke in die Hand. (Siehe jpg im Anhang)

Die Stiftung arbeitete stets im Hintergrund. Lange Zeit blieben die Aktivitäten der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Dies änderte sich spätestens Im Jahre 2004, als auch unter Beteiligung von attac der Kongress "Gesteuerte Demokratie" vom 25. bis 27. Juli in Frankfurt stattfand. Schon zuvor hatten einzelne Autoren und Publizisten als "Einzelkämpfer" auf die fragwürdige Rolle der "Bertelsmänner" hingewiesen. Mittlerweile ist das Internet als Quelle unverzichtbar.

Bertelsmänner treten als Wohltäter, Mittler mit Fachkompetenz und nicht zuletzt, als Lobbyisten auf. Der neoliberale Umbau der bundesrepublikanischen Gesellschaft wurde von Bertelsmann und anderen Akteuren (z. B. die INSM) maßgeblich mitbestimmt. Darüber berichteten die ZEIT und weitere Medien. Alle, die mit der Abrissbirne den Sozialstaat demontieren wollten, machten sich zu Lautsprechern des Kapitals (Die Zeit). Sie haben schon viel erreicht.

Im Juli dieses Jahres fand in Hamburg der Bertelsmannkongress statt. Dazu empfehle ich erneut die Internetseite: www.kanalb.org

Resümee: Wir wissen schon einiges mehr über Bertelsmann, aber lange noch nicht alles. Welcher Student weiß heute, dass auch Bertelsmann einer der Antriebsmotoren zur Durchsetzung der Studiengebühren war. etc. Die Bertelsmann Stiftung hat weitere gesellschaftliche Bereiche im Fadenkreuz ihrer Strategien. Vorsicht! Gute Recherchen von Thomas Leif, Rudolf Bauer, Rudolf Späth und anderen, oder auch Transparency.de, werden uns bald noch schlauer machen.

Schlussfolgerung: Für uns in Wuppertal schließen wir jegliche Zusammenarbeit mit Bertelsmann aus. Das sollte auch für Gesamt-attac gelten. Einen Pakt mit dem Teufel gehen wir nicht ein. Folgende Fragen kann ich mir noch nicht beantworten: Wer steckt hinter den Gesellschaftern? Welche Summen Geld fließen dort? Wer zieht die Fäden? In was für einer Gesellschaft wollen die Gesellschafter leben?

Hinweis: Auf die letzte Frage hätte ich Antworten!

Darum rate ich von einer Beteiligung am Filmprojekt "über-arbeiten" ab. Unsere Glaubwürdigkeit und unser Selbstverständnis steht auf dem Spiel. Das ist der Kern meiner Argumentation.

Gruß von der Wupper

Ludger Spellerberg

Es wird vorgeschlagen, 15 min. Diskussion darüber heute Abend während der Stimmauszählungen zu führen.

Meinungsbild: Interesse zur Diskussion ist da. – Angenommen.

5. Aktivitäten 2007

A1: Finanzantrag der AG Finanzmärkte und AG Steuern

<p>Finanzplanung 2007</p> <ul style="list-style-type: none">• AG Finanzmärkte• AG Steuern• Kampagne Internationale Steuern

AG Finanzmärkte	Betrag in €
Nachdruck vergriffener Materialien - Faltblatt „Gerechtigkeit globalisieren“ (Preis lt. Angebot von Pachnicke-Druck für 10.000 Stück)	670
Übliche AG Kosten (Reisekostenerstattungen für Treffen, Arbeitsmaterialien, Organisationskosten)	500
AG Steuerpolitik / Steuerflucht	
Nachdruck vergriffener Materialien (nach Angebot Pachnicke für 10.000 St.) - Faltblatt „UmSteuern“ - Faltblatt „Solidarische Einfachsteuer“ - Faltblatt „Stopp Steuerflucht“	2.010
Fahrt- und Kommunikationskosten Tax Justice Network	500
Kampagne Internationale Steuern zur Kampagnenstrategie sie auch Grafik unter: http://www.attac.de/internationale-steuern/neu/pages/zur-kampagne.php	

Wir planen in der 1. Jahreshälfte 2007 eine Aufklärungsphase für Internationale Steuern. Dazu werden wir neue Materialien erstellen, die im Rahmen der Kampagne kostenlos abgegeben werden	2.000
Wir planen ab der 2. Jahreshälfte 2007 eine neue Druckphase. Thema und Adressat werden wir aber erst nach G8 festlegen. Wir planen dafür wieder mindestens 2 Aktionen incl. Material und Organisation sowie weitere Unterstützung der Regionalgruppen.	3.000
Gesamtes geschätztes Finanzvolumen für 2007	8.680

Im Namen der AG Finanzmärkte und AG Steuerpolitik / Steuerflucht.

Der Vorschlag wurde angenommen.

A2: Beschlussvorschlag für den Attac-Ratschlag 2006 der G8 Projektgruppe

Auf der Grundlage des beigegeführten Papiers „Attac & die G8 in Deutschland“, das die Attac-Projektgruppe G8 bereits dem Frühjahrsratschlag in Braunschweig vorgelegt hat, schlagen wir jetzt vor, die Weichen für das erste Halbjahr 2007 auf die Arbeit zum G8-Gipfel als Schwerpunkt für Attac zu stellen.

Es sind eine Reihe Aktivitäten geplant, die die Attac-Gruppen unterstützen sollen, vor Ort Aufklärungsarbeit und Mobilisierung auf die Beine zu stellen:

- Weiteres Material (neben dem zu aktualisierenden Flyer, den Wimpeln und dem Reader wird es „Fact-Sheets“ geben und populäre, pfiffige 8-Punkte-Fächer, außerdem Plakate).
- Eine interaktive, informative Homepage, auf der alle Aktivitäten sichtbar werden.
- Gemeinsam mit der Bewegungsakademie werden an zwei Wochenenden ReferentInnen-Schulungen angeboten, damit wir mehr MultiplikatorInnen gewinnen.
- In Kooperation mit der Nachwuchsabteilung der Berlinale ist sollen eine oder mehrere FilmemacherInnen in einige Städte kommen - zusammen mit ihren (thematisch passenden) Werken.
- Im April/Mai werden Speakerstouren mit Gästen aus dem Süden angeboten.
- Wir wollen ein Päckchen schnüren zur Wiederholung der „Gruppenunterstützung on tour“, mit ReferentInnen, die zu verschiedenen relevanten Themen und zu methodischen Fragen - z.B. wie Attac-Gruppen Orte für junge AktivistInnen schaffen können.
- In Mecklenburg-Vorpommern soll es eine Regionalkonferenz geben.
- Ein Werkstattwochenende ist geplant, bei dem ein „G8-Schiff“ für Mobilisierungsparaden gebaut wird.
- Aktionsplanung und Trainings sollen zum Gipfel hin verstärkt werden.

Um diese Arbeiten zu koordinieren und tatkräftig zu unterstützen, brauchen wir eine hauptamtliche Kraft. Wir schlagen vor, die Arbeitszeit von Kay Schulze (der seit April die PG-G8 mit 15 Stunden pro Woche koordiniert) ab sofort auf volle 38,5 Stunden pro Woche aufzustocken.

Darüber hinaus wird es weiterhin intensive Arbeit auf Bundesebene geben, die der Vorbereitung der gemeinsamen Gipfelaktivitäten dient:

- Veranstaltungsreihe zu den zentralen Themen Energie, Geistiges Eigentum und globale soziale Rechte.
- Aktionskonferenzen in Rostock (die zweite findet - mit internationaler Beteiligung - Mitte November statt).
- Gipfel-Camp (gelebte Alternative und Basis für Aktionen) vom 2. bis 9. Juni 07
- Gegengipfel vom 5./6. bis 8./9. Juni 07 in RostockGroßdemonstration am 2.Juni und/oder am 9. Juni 07 in Heiligendamm

- Kultur-Event(s) mit Herbert Grönemeyer, Wir sind Helden, Ärzte, Manu Ciaou,...

Für diese Aktivitäten wird es ein gemeinsames Finanzierungskonzept der beteiligten Organisationen geben, das einen „Organisations-Fonds“ vorsieht, an dem sich auch Attac beteiligen muss.

Um Einfluss auf die Gestaltung des Kulturprogramms zu haben und den organisatorischen Aufwand zu bewältigen, wird es notwendig, in Berlin eine befristete Teilzeitstelle zu schaffen.

Als Beitrag zur Finanzierung der Aktivitäten wollen wir

- den Verkauf der G8-Gegenwind-Wimpel propagieren und mit einem Soli-Beitrag verbinden (ca. 2 € „Gewinn“ pro Stück / 5.000 verkaufte Wimpel = 10.000 €).
- eine extra pfiffige „Beitrittserklärung“ verteilen und mindestens 500 zusätzliche neue Mitglieder gewinnen (mindestens 10.000 €)

Wir schlagen vor, die verfügbaren Mittel aus dem Haushaltsposten „Schwerpunkte und Projekte“ für die G8-Aktivitäten ganz zu verplanen und davon auszugehen, dass wir - mit erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung - zusätzliche Einnahmen gewinnen werden (Mitgliedsbeiträge), die dann für Aktivitäten im 2. Halbjahr 2007 verwendet werden können.

Folgender Finanzbedarf besteht mindestens:

- 20.000 € für eine volle Stelle, 6 Monate, BAT IV (Schwerpunktunterstützung)
- 7.000 € für die Herstellung von Bildungs- und Aktions-Materialien
- 5.000 € für einen Teilzeitjob zur Organisation von Kulturevents (in Berlin)
- 5.000 € für einen Teilzeitjob zur Organisation vor Ort (in Rostock)
- 5.000 € Attac-Beitrag in den gemeinsamen Topf zur Finanzierung von Bündnisaktivitäten
- 2.000 € für die Arbeit der Projektgruppe
- 2.000 € für Aktionstraining
- 46.000 €

Der Vorschlag wurde angenommen.

A4: Finanzbedarf der AG Globalisierung und Krieg für 2007

Das Jahr 2007 steht im Zeichen des G8-Treffens im Juni in Heiligendamm und der Ratspräsidentschaft Deutschlands in der EU im ersten Halbjahr.

Die Mobilisierung zu den Protesten gegen das Treffen der Herren der großen Mächte dieser Welt ist das zentrale Projekt von Attac in 2007. Hier hat die Attac AG Globalisierung und Krieg einen wichtigen Beitrag zu leisten: Es ist nicht mehr zu übersehen, dass dort, wo die von den G8-Mächten vorangetriebene neoliberale Globalisierung nicht allein mit wirtschaftlichen Mitteln weiterkommt, der Krieg als weiteres Mittel zur Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung eingesetzt wird - sei es, um die Öffnung von Märkten und Privatisierung zu erzwingen, oder das durch die zerstörerischen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung erzeugte Chaos „zu ordnen“.

Deshalb wird geplant als Mobilisierung zum G8-Treffen mit anderen Friedensgruppen innerhalb der Friedensbewegung im Frühjahr einen Kongress zu veranstalten. Dazu wurden erste Absprachen mit dem Friedensratschlag, DFG/VK, Freie Heide und IMI getroffen, weitere sollen noch einbezogen werden, ebenso werden die anderen Attac - AG's noch angesprochen werden.

Die Kontakte zur Freien Heide und der in Rostock befindliche Militärflughafen Laage, von dem unter anderem Eurofighter und F-4F Phantom starten und auf der Freien Heide unter anderem den Schulterabwurf, der nur für Atombomben benötigt wird, geübt werden soll, sollen zu Aktionen während des Gipfels genutzt werden.

Für die Ratspräsidentschaft hat Bundeskanzlerin Merkel schon angekündigt, unter anderem die EU-Verfassung voran zu bringen. Gerade die Friedensbewegung hatte letztes Jahr die deutlichste Positionierung gegen diese militärisch Verfassung gezeigt. Daran gilt es anzuknüpfen und dies auch deutlich gezeigt werden. Hier wird es eine enge Zusammenarbeit mit der EU-AG geben aber auch eben dieser militärische Aspekt und die neusten Entwicklungen aufgezeigt

Finanzplan:

1. Treffen + Orga-Kosten der AG
1.000,00 €
2. Teilnahme an einem bundesweiten Kongreß zu G8 - Globalisierung - Krieg (Arbeitstitel) 5000,00 €

3. Flyer Vorstellung der AG
700,00 €
4. Flyer G8 - Globalisierung - Krieg (Arbeitstitel)
700,00 €
5. Flyer EU-Ratspräsidentschaft und Verfassung (Arbeitstitel)
700,00 €

Gesamtbedarf: 8.100,00 €

Eigenmittel: 2.100,00 €

Der Vorschlag wurde angenommen.

A5: StopEPA - Kampagne

Antragsteller: AG International, attac Stuttgart, KASA (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika)

Der Ratschlag möge beschließen:

a) Unterstützung der internationalen StopEPA-Kampagne durch attac

b) eine Publikation über das Cotonou-Abkommen und die Regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Regional Economic Partnership Agreements EPA)

Begründung:

Das Cotonou-Abkommen zwischen der EU und ihren 79 assoziierten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) wurde bereits im Jahr 2000 unterzeichnet und löste die bisherigen Lomé-Abkommen ab, die den AKP-Staaten weitgehende Handelspräferenzen ihrer Exportgüter einräumten. Das war ein entscheidender Paradigmenwechsel: von Präferenzabkommen zugunsten der ehemaligen Kolonien der europäischen Mächte zu wechselseitigen Freihandelsabkommen zwischen ungleichen Partnern. Mit dem im April 2003 ratifizierten Cotonou-Abkommen entfallen diese Handelspräferenzen, auch dürfen diese Länder in Zukunft keine Zölle mehr auf importierte Waren erheben. Damit verlieren die AKP-Staaten einen bedeutenden Teil ihrer Staatseinnahmen. Die Importe werden dadurch noch billiger, so daß lokale ProduzentInnen einem verschärften Konkurrenzkampf ausgesetzt werden, dem die strukturschwachen AKP-Staaten nicht gewachsen sind.

Im Rahmen von Cotonou verhandelt die EU seit 2003 mit den AKP-Staaten über sechs Regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Regional Economic Partnership Agreements EPA), die Verhandlungen sollen nach Plan der EU-Kommission bis Ende 2007 abgeschlossen sein, und die EPAs zwischen 2008 und 2020 implementiert werden. In den Verhandlungen drängt die EU verstärkt auf **Liberalisierung der umstrittenen Bereiche der Investitionen, des Wettbewerbs und des öffentlichen Beschaffungswesens (Singapur-Themen)** und versucht nun, bilateral durchzusetzen, was multilateral gescheitert ist.

Alle Studien, die die möglichen Auswirkungen der EPAs auf die Ökonomien der AKP-Staaten untersucht haben, warnen vor den absehbaren großen negativen Folgen. Neben einer Gefährdung der Ernährungssicherheit, könnten die EPAs auch eine De-Industrialisierung und den Zusammenbruch ganzer lokaler und nationaler Produktionszweige zur Folge haben. Eine jüngere Commonwealth Studie schätzt die möglichen Einkommensverluste für die AKP-Staaten auf 9,3 Milliarden Euro.

Bislang ist das Cotonou-Abkommen sowie die EPAs der deutschen und europäischen Bevölkerung nahezu unbekannt, und auch bei attac hat sich außer WEED, der WTO-AG und einigen EU-AktivistInnen bislang kaum jemand mit diesen Abkommen auseinander gesetzt. Angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft während der heißen Phase der Verhandlungen und des G 8-Gipfels in Heiligendamm sowie des in Nairobi stattfindenden WSF, wo die EPAs eine bedeutende Rolle spielen werden, erhält dieses Thema eine aktuelle Brisanz.

Auf Initiative des von einschlägigen afrikanischen NROs gebildeten Africa Trade Network wurde die StopEPA-Kampagne auf dem Europäischen Sozialforum in London am 15. Oktober 2004 von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen aus den AKP-Staaten und Europa lanciert, die mittlerweile von über 160 Organisationen unterstützt wird. Die Kampagne lehnt die EPAs entschieden ab und plädiert stattdessen für wirtschaftliche, soziale und ökologisch nachhaltige Alternativen zu den anvisierten reziproken Freihandelsabkommen. Die internationale StopEPA Kampagne ist die derzeitige Top-Kampagne des starken britischen Trade Justice Movement, und wird in Europa von NROs in den Niederlanden, Belgien, Italien und Deutschland sowie von attac Finnland unterstützt.

Im März diesen Jahres 2006 haben 30 europäische und afrikanische Gruppen der Zivilgesellschaft in Harare einen „weltweiten Aufruf zum Stopp der EPAs“ veröffentlicht. In diesem Appell werden die „zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen in den AKP-

Staaten und in Europa aufgerufen, die **StopEPA-Kampagne** zu unterstützen und mit ihren Regierungen die europäische Entwicklungspolitik in Bezug auf die AKP-Staaten kritisch zu befragen.“

Diesem Aufruf sollten wir jetzt folgen und die anstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft auch dazu nutzen, um über das Cotonou-Abkommen und die EPAs zu informieren und um die **StopEPA-Kampagne** in Deutschland voranzutreiben.

Im Juli wurde die Analyse über die EPAs von einer Delegation des Europa-Ausschusses der Französischen Nationalversammlung veröffentlicht. Dieses Dokument ist eine vernichtende Kritik der EU-Kommission, insbes. der Generaldirektion Handel, die die Verhandlungen über die EPAs mit den AKP-Staaten leitet, und gipfelt in der Forderung, der Kommission das bisherige Mandat für die Verhandlungen zu entziehen und ihr ein völlig neu gestaltetes Verhandlungsmandat zu geben.

Um Informationen über das Cotonou-Abkommen und die StopEPA Kampagne weit zu verbreiten, haben die ca. 25 TeilnehmerInnen eines workshops bei der Sommerakademie vorgeschlagen, eine Publikation als Voraussetzung für eine zu verstärkende StopEPA Kampagne in Deutschland zu erstellen.

Dieser Vorschlag wurde anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der AG International und der EU-AG über die deutsche Ratspräsidentschaft aufgegriffen. Um dem Vorhaben Nachdruck zu verleihen, hat die AG International empfohlen, dem Ratschlag einen entsprechenden Antrag vorzulegen.

Die Publikation ist eine Kooperation zwischen attac (verantwortlich Annette Groth für die AG International) und der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA). KASA arbeitet seit 1996 zu diesem Themenkomplex und ist Mitglied des deutschen Koordinierungskreises der StopEPA Kampagne. K.Schilder (WEED) und WTO AG Mitglied Peter Andersen sind Mit-Autoren.

Antragsteller: AG International, KASA, attac Stuttgart

Der Vorschlag wurde angenommen.

A6: Vorschlag von McPlanet

Was ist McPlanet.com?

McPlanet.com ist ein deutschsprachiger Kongress mit internationalen Gästen zu Themen an der Schnittstelle von Globalisierung und Umwelt. Er findet alle zwei Jahre statt, spricht politisch aktive und interessierte vorwiegend junge Menschen an, bietet einführende Informationen, Bestätigung sowie Kontakte und diskutiert aktuelle politische Themen und strategische Fragen. McPlanet bietet Handlungsnähe und motiviert die Teilnehmer zum aktiven Engagement. Dabei steht McPlanet.com für die Einsicht, dass Umwelt und Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung nicht mehr voneinander getrennt betrachtet werden können. Ohne den Erhalt der natürlichen Umwelt ist keine globale Gerechtigkeit denkbar, und ohne Gerechtigkeit wird es nicht gelingen, die Zerstörung unserer Natur aufzuhalten. Beispiele dafür gibt es viele – im Bereich Biodiversität, beim Klimawandel oder der Ressourcennutzung. Ziel von McPlanet.com ist es, diese Zusammenhänge im politischen Diskurs deutlich zu machen, im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Die Initiative wurde im Jahr 2002 von Attac, BUND, Greenpeace, Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gestartet. Der erste Kongress „McPlanet.com – Die Umwelt in der Globalisierungsfalle“ fand vom 27.-29. Juni 2003 in Berlin statt. Über 1.500 begeisterte Teilnehmer waren ein überzeugendes Argument, auch in den folgenden Jahren weitere Kongresse zu organisieren. So thematisierte McPlanet.com Nr. 2 im Jahr 2005 die Zusammenhänge von „Konsum, Globalisierung und Umwelt“. Und für das erste Maiwochenende 2007 ist McPlanet.com Nr. 3 zum Thema „Klima der Gerechtigkeit“ angesetzt.

Vom 6.-8. Juni 2007 findet der G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock statt. McPlanet.com hat nicht den Anspruch, Gegengipfel zum Treffen der Staats- und Regierungschefs zu sein, bewegt sich aber auch nicht losgelöst von diesem Kontext. McPlanet.com diskutiert Fragen rund um Klima und Gerechtigkeit und entwickelt dabei neue Perspektiven auf Fragen der Energie - ein Thema, das sehr wahrscheinlich auf der Agenda des Gipfels stehen wird. McPlanet.com ist damit ein thematischer Kongress mit inhaltlichem Bezug zum G8-Gipfel.

Der Attac-Beitrag für den McPlanet beläuft sich wie bei den beiden letzten beiden Kongressen auf 5000€

Der Vorschlag wurde angenommen.

A7: Globalisierung und Ökologie

Der Text fehlt leider.

Der Vorschlag wurde angenommen.